

# BESCHLUSS

---

des Präsidiums der FDP, Berlin, 17. Oktober 2022

---

## Die Bundeswehr stärken, fördern und würdigen

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat erneut deutlich gemacht, wie wichtig eine modern ausgestattete und jederzeit einsatzfähige Bundeswehr ist, damit Deutschland sich selbst und seine Verbündeten verteidigen und seiner Rolle in der veränderten Sicherheitslage in Europa und der Welt gerecht werden kann. Mit dem Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro haben wir Freie Demokraten in der Bundesregierung die jahrelange Vernachlässigung unserer Streitkräfte beendet und Voraussetzungen für notwendige Investitionen geschaffen. Unser Ziel ist es, die Bundeswehr zu einer der modernsten und schlagkräftigsten Armeen Europas zu machen. Die deutliche Stärkung der Ausstattung und Finanzierung der Bundeswehr ist eine sicherheitspolitische Notwendigkeit, aber auch eine Frage der Wertschätzung. Die Bedeutung der Bundeswehr für die Verteidigung unserer Freiheit und Sicherheit muss auch durch eine feste Verankerung und Präsenz in der Mitte des öffentlichen Lebens zum Ausdruck kommen. Wir wollen die wichtige Arbeit unserer Soldatinnen, Soldaten und Beschäftigten der Bundeswehr in die Öffentlichkeit tragen. Denn die Bundeswehr als Parlamentsarmee ist ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und muss auch als solcher begriffen werden.

Von der Landes- und Bündnisverteidigung über internationales Krisenmanagement bis hin zur Katastrophenhilfe, wie zum Beispiel während der Flutkatastrophe im Ahrtal und während der Coronapandemie, leistet die Bundeswehr einen wichtigen Dienst für unser Land und unsere Gesellschaft. Die gesellschaftliche Anerkennung für die Leistungen der Soldatinnen und Soldaten wiederum ist höchst motivierend für ihr Handeln. Wir Freie Demokraten stehen hinter unseren Soldatinnen und Soldaten. Sie verdienen als „Staatsbürgerinnen und -bürger in Uniform“ unsere Anerkennung und Wertschätzung für ihren anspruchsvollen und gefährlichen Dienst, den sie oft unter erheblichen persönlichen Belastungen und Entbehrungen bis zum Einsatz ihres Lebens leisten. Wir Freie Demokraten wollen deshalb die Wahrnehmung und Akzeptanz der Bundeswehr fördern und sprechen uns für folgende Maßnahmen aus:

- Die Möglichkeiten zum gesellschaftlichen Diskurs mit der Bundeswehr wollen wir fördern und Maßnahmen der sicherheitspolitischen Bildung ausbauen. In Anlehnung an die Arbeit von **Jugendoffizieren** – etwa in Schulen – könnten **Bürgeroffiziere** für alle gesellschaftlichen Interessengruppen dazu beitragen. Die Bürgeroffiziere sollen kontinuierlich fortgebildet werden. Der Zugang zu Schulen und anderen Bildungseinrichtungen muss möglich sein, zumal es in deren Eigeninteresse liegt, dieses wertvolle Instrument in ihren jeweiligen Bildungsauftrag einzubinden.

- Die Bundeswehr ist in unserem Land ein großer und wichtiger Arbeitgeber sowie eine vorbildliche Ausbildungsstätte. Hierfür gebührt ihr ebenso unsere Anerkennung. In einer Vielzahl von modernen Ausbildungsberufen können berufliche Abschlüsse erworben werden. Zur Bundeswehr gehören zudem auch zwei Spitzen-Universitäten mit einer international anerkannten Lehre und Forschung. Deshalb sollte die Bundeswehr sich ganz selbstverständlich bei **schulischen und außerschulischen Aktivitäten zur Berufsorientierung präsentieren** dürfen – beispielsweise neben zivilen Arbeitgebern im Rahmen von Tagen zur Berufsbildung an den Schulen. Die Ausbildungschancen junger Menschen sollten nicht durch vorgeschaltete, ideologische Scheuklappen begrenzt werden.
- Es darf keine Platzverweise für eine demokratisch legitimierte Institution wie die Bundeswehr im öffentlichen Raum geben und keine „Ausladungen“ bei staatlich geförderten Veranstaltungen. Wir ermuntern zum Dialog zwischen der Bundeswehr und allen gesellschaftlichen Akteuren. Die Bundeswehr soll selbstverständlich ihrer Informationspflicht im öffentlichen Raum nachkommen sowie **uneingeschränkt gemäß den geltenden Vorschriften für den Dienst in den Streitkräften werben**. Wir halten es zudem für unhaltbar, wenn in Krisenzeiten wie in der Corona-Pandemie Bundeswehr-Unterstützung aus ideologischen Gründen abgelehnt wird.
- Gelöbnisse, Beförderungen und Verabschiedungs- beziehungsweise Begrüßungsappelle in den Auslandseinsatz sollen nicht hinter Kasernenmauern, sondern in der Mitte der Gesellschaft auf öffentlichen Plätzen, unter Beteiligung der Zivilgesellschaft und Lokalpolitik durchgeführt werden. Der **Tag der Bundeswehr** sollte jedes Jahr von einem zentralen Festakt in Berlin und durch hochrangige politische Präsenz an den durchführenden Standorten begleitet werden.
- **Reservisten** bilden eine wichtige Brücke zwischen Bundeswehr und Gesellschaft. Sie helfen, die Bundeswehr in die Mitte der Gesellschaft zu rücken. Anreize für Unternehmen, ihre Beschäftigten für Reserviedienstleistungen freizustellen, wollen wir weiter erhöhen. Jeder Reservist muss seitens der Bundeswehr die Möglichkeit bekommen, eine mindestens zweiwöchige Wehrübung im Jahr zu absolvieren. Es muss geprüft werden, ob das Budget für Reserviedienstleistungen im Rahmen des erhöhten Wehretats verstärkt werden muss.
- Die **Veteranendefinition** des Bundesministeriums der Verteidigung vom Volkstrauertrag 2018, die alle aktiven und ehemaligen Soldatinnen und Soldaten zu Veteranen erklärt, ist nicht zielführend. Stattdessen sollte die Gruppe von Soldatinnen und Soldaten, die in mindestens einem Auslandseinsatz eingesetzt war, stärker in den Fokus gerückt werden. Wir fordern eine Erfassung aller Einsatzveteranen, um die besonderen Bedürfnisse dieser Gruppe in den Blick zu nehmen und auch negative Einsatzfolgen, wie beispielsweise eine Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) zu erfassen. Für diese (Einsatz-)Veteranen könnte ein Veteranenausweis, der mit bestimmten Bonifikationen verbunden ist, ein Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung sein und Anreize schaffen, um mit der Bundeswehr in Verbindung zu bleiben.
- Wir fordern ein **Ehrenmal für die Einsatzkräfte** aller Ressorts, die weltweit im Einsatz für die Bundesrepublik Deutschland ihr Leben verloren haben, in der Nähe des Reichstagsgebäudes.

Wir unterstützen zudem, wenn Kommunen öffentliche Straßen und Plätze nach gefallenen Angehörigen der Bundeswehr benennen. **Patenschaften zwischen der Bundeswehr und Gemeinden** sollen vertieft werden.

- Wir begrüßen, dass die **Invictus Games 2023** als großartige Sportveranstaltung erstmals in Deutschland ausgetragen werden und sprechen uns für eine breite gesellschaftliche Beteiligung aus. Zudem wollen wir die Kooperation mit Sportvereinen über die Invictus Games insbesondere in Hinblick auf die Integration kriegsversehrter Soldatinnen und Soldaten ausbauen.
- Zudem muss der Dienst bei der Bundeswehr so attraktiv gestaltet sein, dass sie genügend freiwillige Nachwuchskräfte bekommt. Daher fordern wir, ein **eigenes Laufbahnsystem** für Soldatinnen und Soldaten einzuführen. Diese kann auf alle Besonderheiten des Soldatenberufes eingehen. Übergänge nach Dienstzeitende in den öffentlichen Dienst müssen deutlich vereinfacht werden. Der Wechsel zwischen ziviler Arbeitswelt und den Streitkräften muss vereinfacht werden – in beide Richtungen. Dazu gehört auch die Möglichkeit der Mitnahme von erworbenen Pensionsansprüchen. Besoldung und Zuschläge sind regelmäßig auf ihre Aktualität hin zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.